

Beschluss

Sitzung des Landrates vom Mittwoch, 3. November 2021

§ 436

Memorialsantrag Junge Grüne und Grüne des Kantons Glarus «Slow Sundays im Klöntal»

(Berichte Regierungsrat, 8.7.2021; Kommission Bau, Raumplanung und Verkehr, 18.8.2021)

Fridolin Staub, Bilten, Kommissionspräsident, beantragt Zustimmung zur Vorlage gemäss Antrag von Kommission und Regierungsrat und somit die Ablehnung des Memorialsantrags zuhanden der Landsgemeinde. – Der Memorialsantrag wurde in der Form der allgemeinen Anregung eingereicht. Der Regierungsrat bezog mit seinem Bericht vom 8. Juli 2021 Stellung dazu. Dessen Ausführungen und Schlussfolgerungen lieferten in der Kommission Stoff für breit angelegte Diskussionen. Diese sind im Kommissionsbericht ausgeführt. – Klarzustellen ist die Formulierung im Bericht des Regierungsrates unter Ziffer 2.5, wonach die geforderte Massnahme nicht mit dem kantonalen Richtplan abgestimmt sei. Eine solche Abstimmung ist jedoch keine Voraussetzung für die Umsetzbarkeit des Memorialsantrags. Die Kommission hielt dies in ihrem Bericht entsprechend fest. – Der Memorialsantrag wurde in der Kommission dazu genutzt, noch einmal alle möglichen Anliegen zu diskutieren. So brachten Kommissionsmitglieder Fragen ein, die in die Zuständigkeit der Gemeinde Glarus fallen und nicht in jene des Kantons. So wurde ins Feld geführt, dass die Sackbergstrasse ins Klöntal auch zu berücksichtigen sei. Dabei handelt es sich jedoch um eine Gemeindestrasse. Auch über mögliche Auswirkungen einer Annahme eines Antrags, wonach der Regierungsrat zur Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs verpflichtet wird, wurde breit debattiert. – Zu danken ist den Kommissionsmitgliedern und den Vertretungen des Departements Sicherheit und Justiz, Regierungsrat Andrea Bettiga und Departementssekretär Arpad Baranyi, sowie Flavia Polonio, Protokollführerin.

Priska Müller Wahl, Niederurnen, Kommissionsmitglied, beantragt namens der Grünen Fraktion, es sei dem Memorialsantrag zuhanden der Landsgemeinde zuzustimmen. – Mit dem Memorialsantrag soll der Langsamverkehr gefördert werden. An bestimmten Sonntagen sollen im Klöntal das Velo, der Bus und die Fussgänger Vorfahrt bzw. Vortritt haben. Diese Sonntage sollen im Vorhinein festgelegt werden, damit die Tourismuswirtschaft diese als Event-Tage oder auch als spezielle Wochenenden bewirtschaften kann. Es geht also darum, den Sommergeverkehr und das Klöntal attraktiv und nachhaltig zu erhalten. Auch die Einheimischen profitieren davon. Der Memorialsantrag stellt eine Ergänzung zur Parkplatzbewirtschaftung, die eine gute Sache ist, dar. Er konkurrenziert diese in keiner Weise. – Wenn das Klöntal keine Kapazität für Autos mehr hat, werden Besuchende heute bereits auf der Autobahn weiter in Richtung Bündnerland geschickt. Man muss weitsichtiger darüber nachdenken, wie das Klöntal touristisch nachhaltig vermarktet werden kann. Reine Symptombekämpf-

fung reicht den Grünen nicht. Es braucht nachhaltige Erlebnisse und Innovationen der Touristiker. Nationale Trends wie Slow Safari oder Slow Food usw. sind zu nutzen. Ein autofreies Klöntal ermöglicht an gewissen Tagen Angebote, die neue Zielgruppen ansprechen. – Der Memorialsantrag wurde bewusst als allgemeine Anregung eingereicht. Dadurch können der Regierungsrat und die Fachleute sagen, welche Massnahmen effizient sind und in welchen Gesetzen oder mit welchen Instrumenten das Anliegen umzusetzen ist. Der Landrat hat die allgemeine Anregung mit 33 Stimmen für erheblich erklärt. Die Antragsteller hofften, dass der Regierungsrat den Ball aufnimmt und selbst eine Lösung präsentiert. Dies hat er auch beim Thema Wildschutz so gemacht. Jetzt aber verzichtet der Regierungsrat darauf. Das bedeutet für die Antragsteller, dass die Kernfrage an der Landsgemeinde zu lösen ist. Diese entscheidet im Grundsatz, ob eine Vorlage ausgearbeitet wird oder ob die Idee und neue Lösungen bachab geschickt werden. Mit seiner Zustimmung ermöglicht es der Landrat somit, dass man weiterdenkt und der Regierungsrat wirksame Lösungen und Fördermassnahmen aufzeigen muss – was heute im regierungsrätlichen Bericht nicht der Fall ist. Heute listet er bloss die Hindernisse auf. Mit seiner Zustimmung befürwortet der Landrat einen nachhaltigen Tourismus im Klöntal und eine zeitgemässe Angebotsentwicklung. Visit Glarnerland schlägt eine solche für Orte wie das Klöntal bereits vor. Ausserdem würde der Landrat auch einen Vorstoss von Jungen, der in der Bevölkerung eine breite Unterstützung genießt, unterstützen. Und schliesslich würde der Landrat auch neue Lösungen im Bereich Freizeitverkehr, welche die neuen Entwicklungen im Langsamverkehr mitdenken, ermöglichen. Solche Event-Tage zeigen diese Entwicklungen auf und passen in die vorgesehene Bike-Strategie, die im Landrat von links bis rechts unterstützt wurde.

Andrea Bernhard, Glarus, Kommissionsmitglied, beantragt namens der Die-Mitte-/GLP-Fraktion die Rückweisung der Vorlage an den Regierungsrat, verbunden mit dem Auftrag, dem Landrat einen ausgearbeiteten Entwurf zur Thematik vorzulegen. Dieser solle die folgenden Themen behandeln: Erarbeitung eines ganzjährigen Verkehrskonzepts für das Klöntal unter Berücksichtigung des motorisierten Individualverkehrs, des öffentlichen Verkehrs und des Langsamverkehrs. Darin sei vorzusehen, dass der motorisierte Individualverkehr jeweils im Sommerhalbjahr an maximal vier Tagen eingeschränkt wird. Ausnahmen von den Einschränkungen des motorisierten Individualverkehrs seien restriktiv zu handhaben. Das Verkehrskonzept soll alle wesentlichen Themen des Verkehrs im Klöntal enthalten und regeln. Sie seien aufeinander abzustimmen. Das gelte insbesondere auch dann, wenn der motorisierte Individualverkehr eingeschränkt wird. Der ausgearbeitete Entwurf soll generell einen umfassenderen Ansatz verfolgen und auch ein touristisches Nutzungskonzept für das Klöntal berücksichtigen oder gar mit ausformulieren, falls entsprechende Inhalte bis dann nicht existieren. Der Entwurf soll auch die Schnittstellen zu den angrenzenden räumlichen Gebieten und zu den vorhandenen wie auch geplanten wirtschaftlichen Aktivitäten im oder mit dem Klöntal berücksichtigen, einbinden und allenfalls regeln. Der Entwurf soll zudem die Kompetenzen und die Koordination zwischen dem Kanton und der Gemeinde Glarus regeln. Es würden somit klare Zuständigkeiten geschaffen. – Die Kernforderungen des Memorialsantrags im Wortlaut werden nicht vorbehaltlos unterstützt. Ein Fahrverbot an mindestens acht autofreien Sonntagen, vorwiegend ganztägig zwischen Juli und September, geht zu weit. Die Grundidee hinter dem Memorialsantrag, nämlich die Verbesserung der Erholungsqualität im Klöntal, ist hingegen unterstützenswert. Das Thema hat eine hohe Relevanz für den Kanton Glarus, nicht nur für die Gemeinde Glarus. Ausserdem steigt mit dem wohl auch in Zukunft zunehmenden ausserkantonalen Tagestourismus der Handlungsbedarf, für alle Interessengruppen nachhaltige Lösungen zu finden. Das dürfte auch die Meinung der Mehrheit des Landrates zum Zeitpunkt der Erheblicherklärung gewesen sein. 33 Ratsmitglieder haben für die Erheblichkeit gestimmt. Es wurde damals auf einen ausgewogeneren und weitsichtigeren Vorschlag des Regierungsrates gehofft. Landrat Stephan Muggli äusserte sich im Namen der FDP-Fraktion wie folgt: «Um an der Landsgemeinde eine Entscheidungsgrundlage zu haben, muss vorab aufgezeigt werden, wer sich um die Organisation und Umsetzung kümmert und wie diese grob aussehen würden.» Und weiter: «Die FDP-Fraktion ist überdies der Meinung, dass acht solcher Slow Sundays wohl etwas zu viel sind. Vier davon würden genügen.»

Landrat Ruedi Tschudi votierte stellvertretend für die CVP-Fraktion wie folgt: «Die CVP-Fraktion ist der Meinung, dass betreffend das Verkehrsregime im Klöntal Handlungsbedarf besteht. Sie unterstützt deshalb die Stossrichtung des Memorialsantrags.» Und weiter: «Ein Slow Sunday pro Monat, also maximal vier Slow Sundays, wäre angemessen. Deshalb bittet die CVP-Fraktion den Regierungsrat, einen Gegenvorschlag auszuarbeiten, der die Zahl der betroffenen Sonntage auf vier beschränkt. Ausserdem ist in diesem Gegenvorschlag eine Strategie aufzuzeigen, wie der Langsamverkehr und der öV verbessert werden können. Die CVP-Fraktion ist sich bewusst, dass auch die Gemeinde Glarus in die Pflicht zu nehmen ist. Die Festlegung der Zuständigkeiten ist hier komplex.» Und Landrätin Regula N. Keller äusserte sich im Namen der Grünen Fraktion und der Antragsteller folgendermassen: «Die Zahl von acht ist nun der Ausgangspunkt. Darüber darf und soll aber diskutiert werden. – Die Antragsteller haben sich bereit erklärt, mitzuarbeiten.» Der Memorialsantrag wurde im Anschluss für erheblich erklärt. Es gab einen klaren Auftrag an den Regierungsrat, eine Vorlage auszuarbeiten. Dieser lieferte jedoch einen lediglich fünfseitigen Bericht mit dem Antrag, den Memorialsantrag abzulehnen. Wenn der Landrat die Vorlage an den Regierungsrat zurückweist, ist das keine Schwächung des demokratischen Mittels des Memorialsantrags. Vielmehr entspricht die regierungsrätliche Vorlage einer Geringschätzung des Instruments. Sie stellt angesichts des klaren Auftrags des Landrates an den Regierungsrat schlicht eine Arbeitsverweigerung dar. So wird das demokratische Instrument des Memorialsantrags geschwächt. – Wieso lehnt auch die Kommission den Memorialsantrag ab und verhindert so die Ausarbeitung eines Entwurfs? Persönlich lehnte man diesen ebenfalls ab. Nicht aus Überzeugung, sondern weil in der Kommission ausgeführt wurde, dass der Wortlaut mit einer Sperrung des Klöntals während acht ganzen Sonntagen im Sommer bei einer Annahme des Memorialsantrags durch die Landsgemeinde so umzusetzen sei. Das wären aber zu viele Tage. Andererseits wurde gesagt, dass die Kommission nur über den Antrag des Regierungsrates zu entscheiden habe. Mittlerweile herrscht zwar nicht mehr die Meinung vor, dass man sich bei einer Annahme des Memorialsantrags durch die Landsgemeinde an die acht Tage klammern muss. Deshalb kann man aus persönlicher Sicht den Memorialsantrag wieder unterstützen. Die jetzt unterbreitete Vorlage entspricht jedoch nicht dem Auftrag, den die Mehrheit des Landrates erteilte. Es liegt keine breite Auseinandersetzung zum Thema Verkehr im Klöntal vor. Vielmehr wurde ein berechtigtes Anliegen, nämlich der Erhalt und die Verbesserung der Erholungsqualität im Klöntal, geringgeschätzt. – Man mag nicht immer gleich motiviert sein, eine anspruchsvolle Arbeit anzupacken. Aber hier hätte der Regierungsrat schlicht und ergreifend handeln müssen. Eine Rückweisung ist deshalb das richtige Mittel und gibt dem Regierungsrat die Möglichkeit, sich doch noch vertieft mit dem Thema auseinanderzusetzen und eine Lösung zu finden. Dass das Geschäft allenfalls ein Jahr später an die Landsgemeinde käme, wiegt in diesem Kontext weniger schwer. Sollte der Rückweisungsantrag keine Mehrheit finden, wird es die Die-Mitte-/GLP-Fraktion nicht dabei bewenden lassen. Sie wird nachsetzen und vom Regierungsrat eine Vorlage für ein ganzheitliches Nutzungskonzept nicht nur für das Klöntal, sondern für alle touristischen Hotspots im Kanton fordern.

Christian Büttiker, Netstal, Kommissionsmitglied, votiert namens der SP-Fraktion für Zustimmung zum Antrag Müller Wahl. – Dieses Mal überraschte der regierungsrätliche Bericht sicherlich nicht nur die SP-Fraktion. Landrat Andrea Bernhard zitierte bereits die Voten der Grünen, der FDP- und der CVP-Fraktion anlässlich der Erheblicherklärung. Es ist klar, was die 33 Ratsmitglieder damals verlangten: Eine ausgearbeitete Vorlage des Regierungsrates, nicht eine Antwort, wie sie nun vorliegt. Diese ist einfach: Ein Fahrverbot sei nicht umsetzbar, es sei viel zu kompliziert, es brauche dieses und jenes, es brauche wahnsinnig viel. Die Gemeinde Glarus sei ohnehin dran. Diese solle sich dem Problem weiterhin annehmen und alles bezahlen. Wenn nötig sei der öffentliche Verkehr auszubauen. Letzteres ist aber eine Aufgabe des Kantons. Er hätte längst von sich aus tätig werden können. Alle anderen Gründe wie Raumplanung, teure Bauten wie Wendepunkte oder zu wenige Busse dienen bloss dazu, den Memorialsantrag bereits jetzt im Keim zu ersticken. Aus diesen und vielen anderen Gründen ist die SP-Fraktion der Meinung, dass der als allgemeine Anregung formulierte Memorialsantrag der Landsgemeinde zur Annahme empfohlen werden soll. Sie hofft auf die

Standhaftigkeit der FDP-Fraktion und der Die Mitte. Die Unterstützung der Grünen Fraktion ist gewiss, jene der GLP je nach Ausgang der heutigen Debatte vielleicht auch. Es geht darum, eine Verbesserung für das Klöntal zu erreichen, ein zeitgemässes, ausgewogenes Projekt, das allen Beteiligten etwas bringt und breit abgestützt ist. Die Chance, welche die Natur eröffnet, ist zu nutzen. Dem Klöntal ist Sorge zu tragen.

Mathias Zopfi, Engi, spricht sich dafür aus, den Memorialsantrag der Landsgemeinde in zustimmendem Sinne zu unterbreiten, und lehnt den Rückweisungsantrag ab. – Der Rückweisungsantrag ist an sich sympathisch. Denn dessen Anliegen verfolgt die gleiche Stossrichtung wie der Memorialsantrag. Dennoch ist er abzulehnen. Er fordert keinen Vorschlag zur Umsetzung, sondern einen Gegenvorschlag. Landrat Andrea Bernhard sagte selber, dass er die Kernforderungen des Memorialsantrags nicht ganz unterstützen könne und dass es um einen Gegenvorschlag gehe. Artikel 75 Absatz 2 des Gesetzes über die politischen Rechte sieht jedoch keinen Gegenvorschlag vor. Das ist auch im Kommissionsbericht korrekt erwähnt. Es ist einzig möglich, den Memorialsantrag wie gefordert direkt umzusetzen oder diesen abzulehnen bzw. anzunehmen. Offenbar wollen der Regierungsrat und die Kommission keine direkte Umsetzung. Also ist die Landsgemeinde zuständig, um in dieser Frage zu entscheiden. – Das Anliegen von Landrat Andrea Bernhard ist sympathisch und im Sinne der Memorialsantragsteller: Man soll das Problem ernst nehmen und nicht einfach die negativen Aspekte hervorheben, wie dies der Regierungsrat und die Kommission machen. Diese sehen die riesige Chance eines solchen Antrags nicht. Dem Anliegen kann ohne Rückweisung jedoch besser Rechnung getragen werden. Bei einer Rückweisung ist nämlich zu befürchten, dass unklar bleibt, was zu tun ist. Es würde Uneinigkeit darüber bestehen, was im Rahmen eines Memorialsantrags in der Form der allgemeinen Anregung überhaupt zulässig und möglich ist. Landrat Andrea Bernhard und die Die-Mitte-/GLP-Fraktion hätten ein Mittel, um einen Gegenvorschlag zu erwirken: Sie könnten problemlos eine Motion einreichen, die analog dem Rückweisungsantrag formuliert ist. Eine solche Motion würde es ermöglichen, eine Vorlage auszuarbeiten. Diese würde vielleicht nicht an der nächsten, aber an einer kommenden Landsgemeinde traktandiert. Wer also Handlungsbedarf erkennt, aber den Memorialsantrag nicht unterstützt, ist dazu aufgerufen, eine Motion einzureichen. – Der Memorialsantrag stellt das weitreichendste Recht der Bürger dar. Er hat möglichst unverfälscht an die Landsgemeinde zu gelangen. Deshalb beschränkt das Gesetz die Möglichkeiten des Landrates und untersagt diesem, irgendeinen verwässerten Gegenvorschlag auszuarbeiten. Der Landrat braucht nicht zu verzögern. Er kann eine zweite Schiene verfolgen und den Memorialsantrag dennoch der Landsgemeinde vorlegen. Die Erheblichkeitsklärung ist ausserdem kein Auftrag an den Regierungsrat, einen Gegenvorschlag auszuarbeiten. In diesem Fall wäre das zwar sympathisch. Aber man muss aufpassen, dass man das nicht so interpretiert. Die Erheblichkeit bedeutet nur, dass das Geschäft relevant genug ist, um es einer Landsgemeinde vorzulegen. Es ist das Recht des Regierungsrates, auch nach der Erheblichkeitsklärung einen Memorialsantrag abzulehnen. – Was der Landrat macht, ist noch nicht bekannt. Die Frage ist allerdings klar: Will der Landrat weiterhin eines der schönsten Täler Autos opfern? Der volkswirtschaftliche Nutzen der vielen Besucher, die das Klöntal für einen Schnapsschuss oder ein kurzes Picknick besuchen, ist gleich null. Es gäbe viele Möglichkeiten, etwas zu erreichen. Wer Handlungsbedarf erkennt, muss dem Memorialsantrag zustimmen. Wer Handlungsbedarf sieht, aber dem Antrag nicht zustimmen kann, soll nicht zurückweisen, sondern eine Motion einreichen. Wer ganz dagegen ist, kann sich enthalten.

Susanne Elmer Feuz, Ennenda, stimmt stellvertretend für die FDP-Fraktion dem Antrag von Regierungsrat und Kommission zu. – Die FDP-Fraktion unterstützt den Regierungsrat und die Kommission ausdrücklich bei der Bewertung verschiedener Aspekte. Die mindestens acht autofreien Sonntage, wie sie im Memorialsantrag gefordert sind, sind keine ökonomisch und ökologisch sinnvolle Massnahme, um die tatsächlichen Probleme im Gebiet Klöntal zu lösen. Insbesondere die Kommission versuchte, den Effekt auf die Gastronomie und den Tourismus darzulegen. Die FDP-Fraktion teilt die Ansicht, dass gerade dieser Bereich durch ein Verbot kaum einen Nutzen oder eine Verbesserung erfahren würde. Die Auswirkungen

auf das touristische Image des Glarnerlands, in das jedes Jahr viel Geld investiert wird, erachtet sie als kontraproduktiv. Für die FDP-Fraktion ist unbestritten, dass ein Ausbau des öV-Angebots, bauliche Massnahmen, ein nicht unerheblicher personeller Aufwand, koordinative Abstimmungen mit anderen neuralgischen Punkten wie dem Obersee oder dem Kerenzerberg und damit enorme finanzielle Aufwendungen an den jeweiligen Sonntagen nötig sein werden, um dieses Verbot durchzusetzen und zu begleiten. Das wäre auch an Tagen der Fall, an denen dies absolut keinen Sinn macht. Kein Mensch fährt ins Klöntal, wenn das Wetter schlecht ist. Dennoch wäre es gesperrt. Das ist sinnlos und teuer. Wie von Landrätin Priska Müller Wahl festgehalten, müssten die Massnahmen somit auch ergriffen werden, wenn das gar niemand braucht. Einfach, weil es das gesetzlich verankerte Fahrverbot gibt. Nötiger und sinnvoller wäre ein Fahrverbot jedoch an schönen Wochenendtagen. Dieses würde ein viel besserer Effekt erzielen. Mit dem starren Prinzip wird das Problem des überlasteten Klöntals oder der überlasteten Strasse nicht wirklich gelöst. Die FDP-Fraktion erachtet eine bedarfsgerechte, flexible Massnahme als sinnvoller und schlussendlich auch zielführender. Das Parkierungs- und Verkehrskonzept der Gemeinde Glarus, das durchaus positiv bewertet wird, beurteilt die FDP-Fraktion als eher geeignet. Anpassungen und Verbesserungen in diesem Konzept, etwa beim öV, wurden in Aussicht gestellt. Die FDP-Fraktion begrüsst solche durchaus. Die detaillierte, umfassende Eruierung und Beurteilung sowie die lösungsorientierte Auseinandersetzung der Gemeinde mit den verschiedenen Themen rund um das Klöntal wie etwa das Wildcamping, Signalisation oder Gästelenkung sind wichtig und richtig. Die zusätzliche und aus Sicht der FDP-Fraktion sinnlose Regulierung, wie sie der Memorialsantrag vorsieht, ist hingegen unnötig. Diese unterstützt insbesondere aufgrund des vorliegenden Konzepts der Gemeinde und aufgrund der Ausführungen von Landrat Mathias Zopfi auch die Rückweisung nicht. – Es stört zunehmend, eine Erheblicherklärung bereits als Zustimmung zu einem Memorialsantrag zu werten. Erheblichkeit bedeutet lediglich, dass ein Thema an der Landsgemeinde diskutiert werden soll. Wenn die Erheblichkeit jedes Mal so interpretiert wird, wird sie künftig einfach nur noch verneint, obwohl das Thema an sich diskutabel wäre. Das ist eine schlimme Entwicklung.

Markus Schnyder, Netstal, votiert im Namen der SVP-Fraktion für Zustimmung zum Antrag von Regierungsrat und Kommission. – Als eingefleischter Fan des Klöntals hat man für ein Klöntal mit weniger Autos und somit auch weniger Besuchern gewisse Sympathien. In schwachen fünf Minuten wünscht man sich, das Klöntal gehöre nur den Eingeborenen. Einen solchen Wunsch in einen Memorialsantrag zu giessen, ist aber nicht opportun. Eine Schönheit wie das Klöntal darf man nicht bloss einer einzigen Bevölkerungsgruppe vorbehalten. Das wäre realitätsfremd. Dieses Stichwort führt zum Memorialsantrag. Das Klöntal soll an mindestens acht schönen Sonntagen für den motorisierten Individualverkehr gesperrt werden. Die Antragsteller sagen zwar, es gebe Spielraum. Mit der Verwendung des Begriffs «mindestens» ist der Spielraum aber nur nach oben vorhanden. Es gibt jedoch nicht viele Sommer mit acht schönen Sonntagen. Es kann deshalb sein, dass das Klöntal an schönen Sonntagen de facto für ganz viele Personen unerreichbar ist. Entgegen der landläufigen Meinung ist das Klöntal aber nicht nur ein Ort, um sich kurzzeitig zu verweilen. Es ist auch ein Ort, um zu leben und zu arbeiten. Es gibt dort zum Beispiel Restaurants, die Arbeitsplätze bieten und auch dort sind, wenn es nicht so schön ist und nur wenige Leute das Klöntal besuchen. Die Restaurants sind darauf angewiesen, dass an den schönen Sonntagen im Sommer möglichst viele Leute ins Klöntal kommen. Das Fahrverbot würde aber genau dort zu sehr schmerzhaften Mindereinnahmen führen, was mittelfristig negative Konsequenzen haben dürfte. Um diese Probleme kümmern sich dann ganz bestimmt nicht die jungen oder alten Grünen oder die Landsgemeindeteilnehmer, die dem Memorialsantrag euphorisch zustimmen werden. Es ist wie so oft Sache der Gemeinde, die Probleme zu lösen. – Es führt auch eine Gemeindestrasse ins Klöntal. Das zeigt auf, wieso der Memorialsantrag abzulehnen ist. Er stellt einen massiven Eingriff in die Gemeindeautonomie dar. Dieser kommt zu einem denkbar schlechten Zeitpunkt. Die Gemeinde ist sehr aktiv daran, vieles zu unternehmen, zu verbessern, das Klöntal möglichst vielen Menschen zugänglich zu machen und dem Tourismus auch eine gewisse Wertschöpfung zu ermöglichen. Auch wenn noch nicht alles

perfekt läuft: Im Moment ist die Gemeinde auf einem guten Weg. Dieser ist weiterzuverfolgen. – Aus persönlicher Sicht ist das Vorgehen mit dem Rückweisungsantrag bedauerlich, auch wenn es möglicherweise gute Chancen hat. Der Rückweisungsantrag kommt einem faulen Kompromiss gleich. Politik sollte nicht so praktiziert werden. Der Memorialsantrag fordert mindestens acht autofreie Sonntage vorwiegend über den Sommer. Dass nun aus der fast gleichen Ecke die Meinung kommt, der Memorialsantrag gehe zu weit, man solle doch einen Gegenvorschlag ausarbeiten, erscheint wie ein taktischer Unterzug. Man kann dann an der Landsgemeinde sagen, dass der Memorialsantrag eindeutig zu weit gehe, der Regierungsrat aber bereits einen Vorschlag erarbeitet habe. Dieser kann dann kaum noch abgelehnt werden, weil er ja ein guter Kompromiss und ausgewogen sei. Über die Grundsatzfrage selber wird dann kaum noch diskutiert. Das ist aber nicht ehrlich und entspricht nicht dem Sinn eines Memorialsantrags. Die Landsgemeinde soll über dessen Forderung entscheiden können. Wenn eine Mehrheit zustimmt, kann eine Vorlage erarbeitet werden. Wenn sie den Antrag ablehnt, ist die Sache erledigt.

Regierungsrat *Andrea Bettiga* beantragt Zustimmung zum Antrag von Regierungsrat und Kommission. – Das Klöntal ist ein Juwel, das schönste Tal weitherum. Das haben andere auch bemerkt. Deshalb wurde es in der Vergangenheit mit Besuchern überschwemmt. Das Anliegen der Memorialsantragsteller ist deshalb verständlich. Es gab ein Chaos. Aber man muss der Gemeinde Glarus ein Kränzchen winden. Diese packte das Problem an. 2019 wurde ein Parkierungskonzept auf die Beine gestellt, das taugt. Seit Juni 2021 gibt es zudem zusätzliche öV-Verbindungen. Das Problem wurde somit erkannt und angepackt. Es gibt aber auch heikle Parameter, die zur Ablehnung des Memorialsantrags durch den Regierungsrat führten. Denn die Umsetzung des Fahrverbots ist nicht ganz einfach. Es gibt offene Fragen zum Standort von zusätzlichen Infrastrukturen, etwa für die Parkierung. Die Autos der Gäste müssen ja irgendwo parkiert werden. Wie werden die Ausnahmen geregelt? Die Frage hat viel Potenzial für Polemik. Wirklich heikel ist die starre Definition von autofreien Sonntagen im Vorfeld. Wenn es regnet, gibt es ein Fahrverbot und wenn die Sonne scheint, ist alles offen. Es gibt keine Planbarkeit. Eine isolierte, starre Lösung bringt nichts, höchstens eine Verlagerung innerhalb des Kantons. Die Kantonspolizei hat das so erlebt. Zum Chaos kam es dann im Oberseetal. – 33 Ratsmitglieder haben für die Erheblichkeit des Memorialsantrags votiert. Das Thema ist so wichtig, dass darüber diskutiert werden soll. Das hat der Landrat nun getan. – Zu danken ist der Kommission für die intensive und konstruktive Sitzung.

Fridolin Staub beantragt die Ablehnung des Rückweisungsantrags. – Es ist ein Novum in diesem Saal, dass der Landrat einen Memorialsantrag zurückweisen soll. Es droht ein Durcheinander. Die Funktion eines Memorialsantrags wurde bereits erläutert. An dieser ist festzuhalten. – Der Antragsteller des Rückweisungsantrags hätte nach der Kommissions-sitzung einen Memorialsantrag oder eine Motion einreichen können. Wenn der Landrat jetzt aber anfängt, am starken und sehr niederschweligen Instrument des Memorialsantrags herumzuschrauben, macht er dieses kaputt.

Der *Vorsitzende* weist darauf hin, dass der Memorialsantrag aufgrund der verfassungsmässigen Fristen in jedem Fall der Landsgemeinde 2022 vorgelegt werden muss.

Abstimmung: Der Rückweisungsantrag ist mit 40 zu zwölf Stimmen bei zwei Enthaltungen abgelehnt.

Herausforderungen bei der Umsetzung des Memorialsantrags

Nadine Landolt Rüegg, Näfels, übt Kritik an der negativen Perspektive im regierungsrätlichen Bericht. – Der regierungsrätliche Bericht war erschreckend. Angesichts der Voten der Vorredner empfanden das auch andere Ratsmitglieder so. Man hatte das Gefühl, die Ausführungen des Regierungsrates könnten auf keinen Fall die Antwort auf den Memorialsantrag

sein. Das umfangreiche Kapitel 2.3 trägt den Titel «Herausforderungen». Es liest sich so, als wolle man mit dem Memorialsantrag in erster Linie Verbote einführen. Nirgends werden die Chancen und Möglichkeiten aufgezeigt. Zum Beispiel seien die beantragten autofreien Sonntage hinsichtlich der Kosten für den Kanton und die Gemeinde sowie die Planung im Tourismus problematisch. Gleichzeitig zeigt der Bericht auf, dass die Parkplatzkapazität im Klöntal im Jahr 2020 zwölf Mal am späteren Vormittag erreicht wurde und Einschränkung erfolgten. Offenbar schien dies keine Kosten und Probleme für die Touristen verursacht zu haben. Letzteren wurde bereits auf dem Autobahnzubringer signalisiert, dass die Zufahrt ins Klöntal gesperrt ist. Eine frühzeitige Planung dürfte jedoch keine grössere Herausforderung sein – sicher aber eine Chance für den Tourismus. – Die in Kapitel 2.3.5 des regierungsrätlichen Berichts angesprochenen Verlagerungseffekte und der grosse Andrang von Autos in Riedern, wie er unter Kapitel 2.3.7 beschrieben wird, entfallen bei geplanten Schliessungen mit einem guten Angebot vermutlich ganz. Sie treten wohl sogar viel eher auf, wenn das Klöntal aus Kapazitätsgründen gesperrt werden muss. Somit ist der Memorialsantrag vielleicht eher eine Chance als eine Herausforderung. Er will eine Aufwertung – eine solche wäre ein zeitweise autofreies Klöntal ganz bestimmt – des Angebots im Bereich Tourismus und Freizeit und der Raumentwicklungsstrategie. Zwar wird dieser Punkt im Kommissionsbericht relativiert. Es ist aber wichtig, dass auch die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger an der Landsgemeinde mit korrekten Informationen versorgt sind. – Hinweise auf Kosten und Verbote ziehen sich wie ein roter Faden durch den Bericht. Noch einmal zu betonen ist, dass es im Memorialsantrag nicht um ein Infrastrukturprojekt geht. Die Antragstellerinnen und Antragsteller haben sich Gedanken gemacht, wie die Schliessungen wirtschaftlich attraktiv umgesetzt werden könnten. Der Anlass «Klöntal, aber langsam», wie er diesen Sommer bei mässigem Wetter durchgeführt wurde, hat gezeigt, dass die Wirtschaft profitieren kann und keine Kosten entstehen müssen.

Schlussfolgerungen

Regula N. Keller, Ennenda, wirbt namens der Grünen Fraktion für Zustimmung zum Antrag Müller Wahl. – Der Memorialsantrag ist zielführend. Das Departement Bau und Umwelt wie auch das Kantonsmarketing des Kantons Glarus werben mit dem Slogan «Glarnerland macht weitsichtig». Genau dieses Ziel verfolgen auch die Antragsteller und Antragstellerinnen des Memorialsantrags. Zum Thema Tourismus, Mobilität und Erholungsqualität soll am Beispiel des schönen Klöntals in die Zukunft geschaut, weitergedacht werden. Zu einer weitsichtigen Zukunft des Tourismus gehört ein Weiterdenken auf Basis nachhaltiger Zielsetzungen und Konzepte. Diese Einsicht ist im Tourismus angekommen. Der Kanton Graubünden verfasste ein Handbuch mit konkreten Umsetzungen dazu. Daraus stammt auch der Tipp, mit kleinen Schritten anzufangen. Man darf nicht immer auf den grossen Wurf, der alle Probleme lösen soll, warten. Denn so kommt man nicht vorwärts. Der Memorialsantrag ist ein erster konkreter Schritt. Er sieht Sonntage vor, die nicht verkehrsfrei sind, aber an denen anderen Verkehrsmitteln als dem Auto der Vortritt gewährt wird: den Bikerinnen, den Velofahrern, den Spaziergängerinnen, den Fussgängern. Dies ermöglicht einen sinnlicheren, besinnlicheren und langsameren Tourismus, eine andere Erholungsqualität und einen respektvolleren Umgang mit der Natur. – Es ist wichtig, dass man im Vorfeld weiss, wann die autofreien Sonntage stattfinden, damit an diesen Sonntagen eine andere Zielgruppe angesprochen wird. Diese Zielgruppe ist nicht klein. Am Anlass «Ride the Alps» von Anfang September fuhren über 2500 Velofahrerinnen und Velofahrer über den Klausenpass. Diese nutzten sicherlich auch Angebote der Gastronomie. Aus den «Slow Sundays» im Klöntal kann dank guter Kommunikation ein Imagegewinn resultieren, der sich gut vermarkten lässt. – Der Landrat hat kürzlich dem Regierungsrat den Auftrag erteilt, eine Velo- und Bike-Strategie für den Kanton Glarus zu erarbeiten. Die «Slow Sundays» sind dort einzubauen. – Nebst dem Langsamverkehr wird auch dem öV Vortritt gewährt. Anhand des Klöntals ist zu verdeutlichen, dass Freizeitmobilität nicht an ein Auto gebunden ist. Gäste sowie Glarnerinnen und Glarner sind zum Umsteigen auf den öV zu animieren. – Die Nachhaltigkeit soll sich

auch in anderen innovativen gastronomischen Angeboten niederschlagen. Allenfalls unternimmt man eben nicht einfach einen Kurztrip ins Klöntal mit dem Auto, sondern verbindet die gemächlichere Anreise mit einem langsameren bzw. längeren Aufenthalt, allenfalls inklusive Übernachtung. Spezielle Angebote an den betroffenen Sonntagen können dafür sorgen, dass auch bei nicht so schönem Wetter Gäste kommen. Hier ist auf den Event «Klöntal, aber langsam» zu verweisen. Dieser fand an einem regnerischen Morgen statt. Dennoch haben so viele Leute den Weg ins Vorauen zurückgelegt, dass man den Veloständer vergrössern musste. Gegen Ende des Anlasses war das Essen komplett ausverkauft. Die «Slow Sundays» bieten somit auch Chancen, wenn man gewillt ist, sie zu ergreifen und etwas daraus zu machen. Dass der Wunsch nach Veränderung rund um das Klöntal und das Verkehrsaufkommen vorhanden ist, zeigt übrigens auch der «Fridolin»-Pulsmesser vom 11. März 2021. An dieser Umfrage nahmen 285 Personen teil. Nur gerade 20 Prozent sind gegen autofreie Sonntage. Eine Mehrheit befürwortet acht autofreie Sonntage und rund 28 Prozent finden immerhin, dass der Verkehr anders geregelt und auf ein erträgliches Mass reduziert werden muss. – Weitsichtigkeit reicht nicht. Es braucht auch Taten. Der Landrat soll heute den ersten Schritt machen und den Memorialsantrag der Landsgemeinde zur Annahme empfehlen. Die Antragsteller formulierten den Memorialsantrag bewusst in der Form der allgemeinen Anregung. Nach deren Annahme durch die Landsgemeinde kann der nächste Schritte folgen: die Ausarbeitung einer Gesetzesvorlage. Über diese lässt es sich dann raten, mindern und mehren.

Abstimmung: Der Antrag von Kommission und Regierungsrat obsiegt über den Antrag Müller Wahl mit 35 zu 19 Stimmen. Der Memorialsantrag wird der Landsgemeinde zur Ablehnung empfohlen.